



Medienmitteilung

Zürich, 24. Februar 2023

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 27. Februar 2023

Fokusthema: **Bauen**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag ausschliesslich mit Bauthemen beschäftigen. Sowohl in der Vormittags- wie auch in der Nachmittagssitzung wird er versuchen, möglichst viele der traktandierten Vorstösse zu behandeln, welche die Baudirektion betreffen.

Motionen, Postulate und Interpellationen zu verschiedenen Bauthemen

Ganze 30 Vorstösse, welche die Baudirektion betreffen, stehen derzeit auf der Traktandenliste des Kantonsrates. Rechnet man mit einer Behandlungsdauer von durchschnittlich einer halben Stunde pro Vorstoss, dürfte der Rat am Montag rund die Hälfte dieser Vorstösse behandeln.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) lädt den Regierungsrat mit einem Postulat ein, zu prüfen, wie künftige kantonale Bauten, wenn immer möglich, aus Holz gebaut werden können ([KR-Nr. 33/2021](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. Weil der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein Ablehnung beantragt hat, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen.

SP-Kantonsrat Andrew Katumba möchte mit Unterstützung von GLP und Grünen den Regierungsrat auffordern, dem Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage zu unterbreiten, mit dem Ziel, wertvolle Bäume zu schützen und den Baumbestand im Siedlungsraum zu erhöhen ([KR-Nr. 60/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

SVP-Kantonsrat Christian Lucek möchte mit Unterstützung von FDP, Mitte und EVP, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie er das Potenzial der Tiefengeothermie mit neuen Verfahren unterstützen will ([KR-Nr. 147/2021](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. Weil der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein Ablehnung beantragt hat, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen.

Ebenfalls entgegennehmen wollte der Regierungsrat ein Postulat von Jasmin Pokerschmig, Kantonsrätin der Grünen. Diese bittet den Regierungsrat, unterstützt von SP, FDP, GLP, EVP und AL, alle kantonalen Subventionen, welche die Biodiversität schädigen, zu identifizieren und monetär zu quantifizieren ([KR-Nr. 154/2021](#)). Weil die SVP Ablehnung beantragt hat, wird der Kantonsrat auch hier nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen.

Zur Ablehnung beantragt der Regierungsrat zwei Motionen von FDP-Kantonsrat Stephan Weber, welche dieser, unterstützt von SVP und GLP, eingereicht hat. Einerseits lädt Weber

den Regierungsrat ein, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche es ermöglicht, zonenkonforme Nutzungsänderungen von Gebäuden im Anzeigeverfahren zu bewilligen ([KR-Nr. 181/2021](#)). Andererseits fordert er eine Verkürzung der Fristen in den Baubewilligungsverfahren – für die Vorprüfung von drei auf zwei Wochen und für den baurechtlichen Entscheid von maximal vier Monaten auf maximal drei Monate ([KR-Nr. 182/2021](#)).

EDU-Kantonsrat Hans Egli möchte mit Unterstützung von SP, GLP, Grünen, EVP und AL, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden auf den öffentlichen Flächen mehr Biodiversität durch ökologisch hochwertige Gestaltung der Grünflächen erreicht werden kann ([KR-Nr. 238/2021](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. Weil der parteilose Kantonsrat Hans-Peter Amrein Ablehnung beantragt hat, wird der Rat nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen.

Zur Ablehnung beantragt hat der Kantonsrat eine Motion von SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel. Diese verlangt, dass der Kanton mit Mitteln des Natur- und Heimatschutzfonds die Beseitigung von Littering finanziell abgelden müsse, wenn betroffene Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft oder anderen lokalen Playern Abfälle ausserhalb des Siedlungsgebietes systematisch beseitigen ([KR-Nr. 349/2021](#)).

SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig lädt mit Unterstützung von Grünen, EVP und AL den Regierungsrat ein, das Reinigungspersonal wieder direkt beim Kanton oder seinen selbstständigen Betrieben anzustellen ([KR-Nr. 350/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

Ebenfalls um Littering geht es im Postulat von SVP-Kantonrätin Sandra Bossert. Diese möchte der Regierungsrat beauftragen zu prüfen, mit welchen Akteuren ein Pilotprojekt initiiert werden kann, um herauszufinden, wie sich die Rückgabe-Quote von Getränkedosen verhielte, wenn darauf ein Depot eingeführt würde ([KR-Nr. 351/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

SVP-Kantonsrat Domenik Ledergerber möchte, dass der Regierungsrat für Teile der engeren Zentralverwaltung neue Standorte ausserhalb der Stadt Zürich sucht, um die Nutzungskosten zu senken, die Funktionalität der Büroarbeitsplätze zu erhöhen und Landregionen bzw. Agglomerationen zu beleben ([KR-Nr. 369/2021](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen.

Ebenfalls zur Ablehnung beantragt der Regierungsrat ein Postulat von Thomas Schweizer, Kantonsrat der Grünen. Dieser fordert mit Unterstützung von SP und GLP die grösseren öffentlichen Parkieranlagen, im Eigentum oder betrieben vom Kanton, kostenpflichtig zu bewirtschaften ([KR-Nr. 395/2021](#)). Hingegen war die Regierung bereit, ein weiteres Postulat von Thomas Schweizer entgegenzunehmen, mit dem dieser, unterstützt von SP, GLP und EVP, den Regierungsrat einlädt, darauf hinzuwirken, dass der «Standard Nachhaltigkeit Hochbau» nicht nur bei den eigenen Hochbauten gilt, sondern auch bei den Bauten im Baurechtsmodell, die wesentlich vom Kanton beeinflusst sind ([KR-Nr. 423/2021](#)). Weil die SVP Ablehnung beantragt hat, wird der Kantonsrat auch hier nach einer Debatte über die Überweisung des Vorstosses entscheiden müssen.

Keinen Entscheid wird der Kantonsrat zur Interpellation von FDP-Kantonsrat Jörg Kündig betreffend Befreiung der Gemeinden von Auflagen «Bäuerliches Bodenrecht» fällen ([KR-Nr. 31/2022](#)). Der FDP-Kantonsrat hat in Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) verschiedene Fragen zur Auslegung und Anwendung im Kanton Zürich gestellt. Mit der Diskussion im Rat über die Antworten der Regierung ist das Geschäft erledigt.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05
Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82
Christian Lucek (SVP, Dänikon), 079 402 31 41
Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich), 079 711 04 64
Stephan Weber (FDP, Wetzikon), G: 043 268 85 87, P: 044 972 28 00
Hans Egli (EDU, Steinmaur), 076 526 79 26
Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil), 079 355 73 62
Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67
Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), 079 288 15 14
Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), 079 295 90 22
Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) 079 434 36 23
Jörg Kündig (FDP, Gossau), 079 412 58 61

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12